

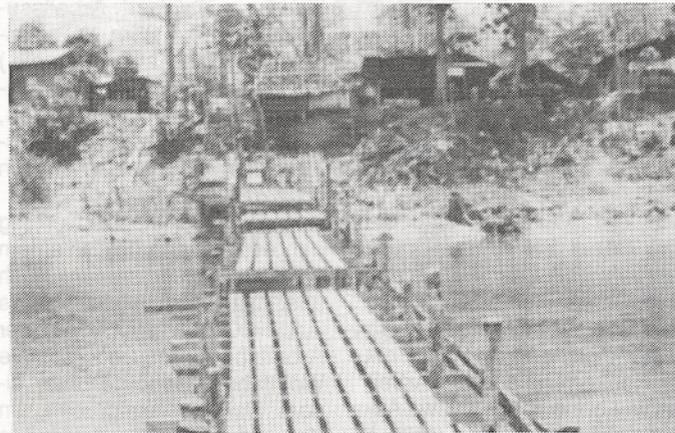
Verhältnis zwischen Birma und Thailand wechselhaft

Das Verhältnis zwischen Birma und Thailand gestaltet sich wechselhaft. Am 10. Juli überquerten birmanische Truppen die Grenze in der Provinz Mae Hong Son im Nordosten Thailands, um Aufständische der Karen-Minderheit zu verfolgen, und stießen mit thailändischer Grenzpolizei zusammen. Anschließend besetzten die über 100 birmanischen Soldaten das Dorf Ban Huay Hai im Rahmen einer groß angelegten Operation gegen 4 Stützpunktgebiete der Karen. Dort begannen sie, Schützengräben und Bunker auszubauen. Nach Einschätzungen von Beobachtern wollte das birmanische Militär sich einen Stützpunkt für Übergriffe auf das in der Nähe bei Ban Tong Pu Jai gelegene Flüchtlingslager von Gegnern der Regierung in Rangun einrichten. Nachdem thailändisches Militär in Mae Hong So zusammengelegt und eine gemeinsame Operation mit der Grenzpolizei zum Vertreiben der birmanischen Truppen für den 13.7. vorbereitet wurde, zogen die Birmanen am 12.7. freiwillig ab. Nach Angaben der Grenzpolizei handelte es sich bei der Besetzung nicht um ein Versehen. Beim Abhören der Funkprüche des birmanischen Hauptquartiers in Loikaw hätte sie wiederholt die Aufforderungen vernommen, die Rebellen nach

Thailand hinein zu verfolgen und das besagte Dorf zu besetzen. Die Verantwortung dafür würde Rangun übernehmen. Es hat bereits mehrere Überfälle dieser Art durch birmanische Truppen gegeben. Bei einer Operation am 20.5. überquerten sie die Grenze bei Maesot in der Provinz Tak und zerstörten fast vollständig das thailändische Dorf Wang Kaew. Andererseits wurde beim Besuch des birmanischen Handelsministers, Oberst David Abel, am 7.8. in Bangkok bei Gesprächen mit der thailändischen Regierung über ein thai-birmanisches Investitionsschutzabkommen und die Bildung eines thai-birmanischen Wirtschafts- und Handelsaus-

schusses verhandelt. Außerdem hat der Minister die thailändische Regierung gebeten, ca. 40 thailändischen Privatunternehmen, denen Holzeinschlaglizenzen in Birma erteilt worden sind, baldmöglichst die Aufnahme ihrer Arbeit zu ermöglichen. Auch sollen durch den geplanten Bau einer "Brücke der Freundschaft" über den Moei im Bezirk Maesot zur birmanischen Grenzstadt Myawaddy nach Aussagen des stellvertretenden thailändischen Außenministers Praphat Limpaphan "die sozialen und wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Ländern" gefestigt werden.

vgl. AW 28.7.89, S.25; MDA 11.8.89



Thai-Birmanische Grenze

(Foto: aus Asia Yearbook 1989, S.242)

Außenpolitischer Berater tritt zurück

Der außenpolitische Berater des Premierministers Chatichai, M.R. Sukhumphand Paribatra ist zurückgetreten, nachdem das Militär seine Absetzung gefordert hat. Militärführer Chavalit hatte Anfang August die Regierung öffentlich kritisiert, daß die Korruption um 90% zugenommen habe. Daraufhin hatte sich M.R. Sukhumphand erlaubt, auf einer öffentlichen Sitzung sinngemäß zu sagen, wer im Glashaussitze, solle nicht mit Steinen werfen. Die Folge war ein Aufmarsch von über 1.000 Offizieren, die den Rauswurf des Beraters verlangten. Um die Regierung nicht zu belasten, ist M.R. Sukhumphand am folgenden Tag zurückgetreten.

Die Schaffung eines persönlichen Beraterstabes als "Think-Tank" des Regierungschefs war eine der Neuerungen des Premiers Chatichai bei seinem Regierungsantritt Mitte 1988. Daneben gibt es noch über 780 "amtliche" Berater der Regierung, wovon Innenminister Pramarn alleine über 380 hat, darunter seine wichtigste Klientel, die sich nun mit diesem neuen Titel schmücken darf. Chatichais "Think-Tank" hat die Aufgabe, zu bestimmten Themen Vorarbeiten zu leisten und mögliche politische Leitlinien zu entwerfen. Teilweise diente er auch, wie beim Bangkok-Besuch von Kambodschas Hun Sen im Januar als seine inoffizielle Kontaktstelle - zwei Bera-

ter holten Hun Sen ab und begleiteten ihn auch wieder zurück. Er setzt sich aus Kapazitäten von Unis und aus der Wirtschaft zusammen. Der Beraterstab hat sich bisher für die Regierung als sehr nützlich erwiesen, auch wenn es mehrmals zu Auseinandersetzungen mit der Ministerialbürokratie kam, die Angst um ihren Einfluß hat. Das Militär wurde in der Presse offen und von Chatichai indirekt kritisiert, der M.R. Sukhumphand zum Quasi-Ehrentag eines größeren Banketts anläßlich des einjährigen Bestehens seiner Regierung machte.

vgl. BP 7.,8.,9.8.89

Kwai voller Blei

Der Fluß Kwai, der von vielen Menschen in der Provinz Kanchanaburi als Trink- und Brauchwasser benutzt wird, ist so stark verschmutzt und vergiftet, daß eine Entnahme von Wasser eigentlich strikt verboten sein müßte. Das Nationale Umweltschutz-Komitee hat Ende Juni zum wiederholten Male darauf aufmerksam gemacht: Zwei Schürf-Gesellschaften am Oberlauf leiten ihre bleiverseuchten Abwässer in Teiche, die in den Kwai ablaufen. In den Teichen selbst ist die Konzentration bis zu 700mal stärker als erlaubt, im flußabwärts gelegenen Sri Nakharin-Stausee haben Studien aus den Jahren 1979 bis 1986 eine 5mal höhere, unterhalb des Dammes eine 4mal höhere Bleikonzentration als erlaubt ergeben. Im Stausee gefangene Fische sind mehr als nur ein Gesundheitsrisiko.

Weiter flußabwärts hatte es erst vor kurzem Proteste gegeben, weil ein Bleichbetrieb seine Abwässer ungeklärt über eine 3 km-Pipeline direkt in den Kwai leiten will. Derzeit wird die Pipeline unter Polizeischutz gebaut. Dazu kommen noch die organischen Abfälle mehrerer Zuckerrohr-Mühlen, denn die Provinz ist ein Zentrum des Zuckerrohr-Anbaus. Oft genug stehen dem Umweltschutz zu einflußreiche Interessen gegenüber: So etwa die des Ministers, Multimillionärs und Millionenschuldners Gen. Phol Roengprasertvit, der in der Nähe von Cha-am eine riesige Ananas-Plantage und -Verarbeitungsanlage besitzt. Seit Jahr und Tag sind die Anwohner machtlos gegen die Ableitung der organischen Abfälle dieser Anlage. Obwohl das Umweltschutz-Komitee einen Minister zum Vorsitzenden hat (Bhichai von der Democrat Party) ist es machtlos, da es keinerlei exekutive Gewalt hat, sondern darauf angewiesen ist, Beamte auf Mißstände aufmerksam zu machen und zu hoffen, daß diese dann etwas unternehmen.

vgl. BP 21.6.89

Sozialgesetzgebung verabschiedet

Wider Erwarten hat das Parlament an seinem letzten Sitzungstag sich doch noch dazu durchringen können, ein Gesetz über soziale Sicherheit abschließend zu beraten. Nun muß allerdings noch die Zustimmung des Senates abgewartet werden, der, wie allgemein angenommen wird, noch eine ganze Reihe von Änderungen fordern wird. Die Vorlage im Senat wird wahrscheinlich im Mai 1990 erfolgen.

Das Sozialgesetz soll Fälle von tödlichen Arbeitsunfällen, Verstümmelung durch einen Arbeitsunfall, Krankentagegeld und Schwangerschafts-Unterstützung abdecken, wenn auch vorerst in eingeschränktem Rahmen. Es soll nur für Firmen mit mehr als 20 Arbeitern gelten, und vorerst auch nur in Bangkok und einigen anderen industriell erschlossenen Provinzen. Später soll es nach und nach auf ganz Thailand ausgedehnt werden. Die Beiträge werden je zur Hälfte von Arbeitern und Unternehmern eingezahlt. Außerdem gibt es noch einen ziemlich gut gefüllten Geldtopf aus staatlicher Quelle. Die thailändischen Unternehmer haben schon darüber geklagt, daß sie nicht in der Lage sein würden, auch diese zusätzlichen Kosten noch zu tragen. Und das angesichts der

Situation, daß Thailands Wirtschaft boomt wie nie zuvor, und angesichts der Tatsache, daß der Mindestlohn in Thailand niedriger ist als in allen anderen südostasiatischen (kapitalistischen) Staaten mit Ausnahme von Indonesien (lt. FEER 27.7.89).

Ein entscheidender Grund für die lange Verschleppung bei der Verabschiedung des Sozialgesetzes war sicherlich die minimale Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften, von 7 Millionen (ohne die Landarbeiter) sind es lediglich 220.000 und diese auf wiederum 4 verschiedene Gewerkschaftsbünde verteilt (vgl. SOA-Info 2/88). Außerdem ist die Gewerkschaftsbewegung dort am besten organisiert, wo es Sozialleistungen schon länger gibt, in den Staatsbetrieben.

Ende Juli hat ein Unterkomitee der Arbeitsbehörde auf Verlangen der Gewerkschaften ein sich in letzter Zeit immer weiter ausbreitendes Problem in Angriff genommen: Kurzzeit-Arbeitsverträge. Dabei sind die Vorteile auf Seiten des Unternehmers: Er ist nach Ende des Vertrages zu keiner Abfindung verpflichtet, er kann kurzfristig Personalplanung betreiben, mit der Konkurrenz anderer Arbeiter die Löhne senken usw.. Außerdem hat sich eine weitere



1987: Kundgebung der Gewerkschaften zur Forderung einer Sozialgesetzgebung (Foto: UCL 1/87 S.10)

Unart eingebürgert: Arbeitssuchende, speziell im Dienstleistungssektor (Kaufhäuser etc.) müssen vor Einstellung eine Sicherheitsleistung erbringen, meist einen ganzen Monatslohn. Die Firma verschafft sich so zusätzlich zinsloses Geld. Ebenso steht die Aufwertung der Arbeitsbehörde zu einem vollwertigen Ministerium noch aus. Nachdem endlich Mitte Juni ein Gesetzesvorschlag, der Arbeitsbehörde und soziale Wohlfahrts-Behörde unter einem Dach vereinigt sah, im Kabinett vom stellvertretenden

Innenminister eingebracht worden war, ließ der Innenminister selbst den Punkt von der Tagesordnung streichen. Er möchte nicht mehr Macht verlieren als unbedingt notwendig, d.h. das Sozial-Ressort behalten. Jetzt muß ein neuer Gesetzesvorschlag ohne die Sozialbehörde ausgearbeitet werden und den Gang durch die Institutionen machen.

vgl. BP 3.5.,14.6.,5.,19.,26.7.,23.8.89; FEER 13.,27.7.89

Privatisierung kommt nicht voran

Die Politik der Regierung, einige der derzeit 61 Staatsbetriebe zumindest teilweise zu privatisieren, hat noch immer keinerlei Fortschritte gemacht, weil viele Widerstände dagegen sichtbar werden. Es betrifft u.a. die nationale Fluglinie THAI INTERNATIONAL, die staatliche Telefongesellschaft TOT sowie die Elektrizitätsgesellschaft EGAT. Die Regierung versucht, das in diesen Staatsbetrieben gebundene Kapital frei zu bekommen, weil sie es für andere, wichtige Projekte, speziell Infrastrukturmaßnahmen, dringend braucht. Alle zur Diskussion stehenden Betriebe haben in den vergangenen Jahren regelmäßig steigende Profite abgeworfen.

THAI INTERNATIONAL rechnet die Luftwaffe zu ihrer Domäne, da der Aufsichtsrats-

Vorsitzende und eine Reihe weiterer Posten in diesem Gremium von pensionierten oder noch aktiven Generälen der Luftwaffe gestellt werden. Diese sehen in der Ausgabe von Aktien ihre Position gefährdet und verschanzen sich hinter nationalen Sicherheitsinteressen.

Bei EGAT wurde bis auf zwei Personen der gesamte Vorstand ausgewechselt, da sie sich in der Vergangenheit aufgrund ihrer Profite zunehmend unabhängig von staatlichen Kontrolle gebärdet hat. Der Personalwechsel sollte dies beenden. Sobald die Entscheidung des zuständigen Ministers Chalerm Yoobamrung bekannt wurde, streikten zuerst die Verwaltungsangestellten von EGAT und dann auch die restliche Belegschaft der EGAT-Zentra-

le. Es mußte der alte Vorsitzende gebeten werden, mit den Beschäftigten zu sprechen, ehe diese bereit waren, den Streik zu beenden.

Nicht nur die Militärs, die seit den späten 50er Jahren traditionell mit fetten Pfründen in Form von Aufsichtsrats-Posten 'eingekauft' wurden, sperren sich gegen die Privatisierung und den damit einhergehenden Verlust von Pfründen. Auch die in den Staatsbetrieben am besten organisierte Arbeiterschaft hat Angst, den einmal erreichten Besitzstand aufgeben zu müssen. Zudem haben die Gewerkschaften deutlich gemacht, daß eine ebenfalls bezweckte Strukturanpassung der Staatsbetriebe auch anders als durch Privatisierung möglich ist und daß sie nicht bereit sind, die Fehler der Beamten an der

Spitze der Staatsfirmen auszubaden.

Für die Chatichai-Regierung ist aber die Frage der Privatisierung, zumindest einiger großer Staatsbetriebe, von grundsätzlicher Bedeutung, da sie nicht nur das hier gebundene Kapital dringend braucht, sondern dies eine prinzipielle Entscheidung für eine freie Entfaltung der Marktkräfte ist, wie sie die Regierung auf ihre Fahnen geschrieben hat.

vgl. FEER 18.5.,8.6.,6.,13.,20.7.89; BP 24.5.,21.,28.6.,5.7.,2.8.89

Amnestiegesetz verabschiedet

Auf seiner letzten Sitzung dieses Jahres - außer den Haushaltsberatungen im Herbst - hat das Parlament einer Gesetzesvorlage der Regierung zugestimmt, das vor dem 2.7.1988 begangene Straftaten, die die nationale Sicherheit gefährdeten und die unter das Strafgesetz oder das Anti-Kommunisten-Gesetz fallen, amnestiert. Eine Liste der für die Amnestie in Frage kommenden Häftlinge soll durch ein Komitee zusammengestellt und einem Gericht zur Entscheidung vorgelegt werden. Nicht betroffen sind allerdings jene Häftlinge, die bei Vergehen gegen die nationale Sicherheit auch für kriminelle Straftaten verurteilt wurden. Das betrifft z.B. auch Surachai Sae-Darn, der im Januar '86 verurteilt wurde, weil er einen Offizier erschossen haben soll, als die KP Thailands in der Provinz Surat Thani einen ganzen Zug angehalten und ausgenommen hatte (vgl. SOAI 1/86 + 4/86).

Bereits im letzten Jahr waren kurz nach Regierungsantritt des Premiers Chatichai die Angeklagten des Putsches von 1985 amnestiert worden, Anfang Juni wurden die Brüder Manoon und Manas Rookkarchon wieder in ihren ursprünglichen Rang im Militär eingesetzt. Die Forderung nach einer Amnestie war schon lange von Studenten-, Menschenrechtsgruppen, Anwälten u.a. aufgestellt worden, aber bisher stets auf hinhaltende Vertröstungen gestoßen.

Wohl am wichtigsten ist die Amnestie für einige Tausend ehemaliger Mitglieder und Kämpfer der KP Thailands sowie Studenten, die nach dem Militärputsch 1976 zur Guerilla in die Berge gegangen waren. Diese sind zwischenzeitlich nach der Richtlinie 66/23 der Prem-Regierung (Straffreiheit bei Rückkehr) wieder zurückgekehrt (vgl. SOAI 2/87), aber ihre rechtliche Stellung war bisher unsicher, da die Richtlinie keinen Gesetzes-Charakter hatte und bei einem politischen Umschwung aufgehoben werden konnte.

Ebenfalls profitieren von der Amnestie die in Südthailand angesiedelten ehemaligen Mitglieder und Kämpfer der KP Malayas.

vgl. BP 26.7.89

Santi Asoke: Noch kein Ende der Auseinandersetzung

Die Auseinandersetzung zwischen dem Obersten Rat der buddhistischen "sangha" (Organisation der buddhistischen Religionsgemeinschaft) und den Santi-Asoke-Anhängern geht weiter (vgl. SOAI 2/89,S.22). Der Führer der Santi Asoke, Phra (Abt) Potirak, hat zwar seine gelbe Robe gegen eine weiße vertauscht, besteht aber weiterhin darauf, ein buddhistischer Mönch zu sein. Nach wie vor weigern sich er und seine Priesteranhänger, eine offizielle Zeremonie zur Ablegung der Robe (und damit des Priesteramtes) mitzumachen. Deshalb wurde er sogar vorübergehend

von der Anti-Aufuhr-Polizei für einige Tage in Haft genommen und erst gegen Kautions wieder freigelassen.

Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1962 muß die Abteilung für religiöse Angelegenheiten im Erziehungsministerium auf ein vorliegendes Verlangen der "sangha" juristisch gegen Phra Potirak vorgehen. Beobachter gehen davon aus, daß die formale Begründung, die Santi Asoke befände sich außerhalb der "sangha", die buddhistischen Religionsführer viel weniger beunruhigt als die puristischen Ansichten der Santi-Asoke-Gefolgschaft, die im Wi-



derspruch zu den oft opulenten Ausstattungen einiger großer Klöster in Bangkok stehen.

Außerdem kann die Hierarchie der "sangha" nicht den Eindruck verwischen, daß hinter ihrem Vorgehen politische Gründe stehen: Einige aus ihren Reihen haben enge Beziehungen zu Spitzenpolitikern wie etwa dem Phrachakorn-Thai-Führer Samak, dessen traditionell starke Verankerung unter den Wählern Bangkoks durch den Santi Asoke-Anhänger Chamlong (Gouverneur von Bangkok und ehemaliger General) mehr als gefährdet erscheint. Zwei wahrscheinliche Kandidaten für die nächstjährige Gouverneurswahl in Bangkok stehen auf der Seite der Santi-Asoke-Gegner. Anfang August nun wurden alle Priester des Klosters, insgesamt 105 Mönche und Nonnen, verhaftet. 26 von ihnen wurden am nächsten Tag wieder entlassen, die übrigen 79 erst nach Stellung einer Kautions von 8.000 Baht/Person und unter Auflagen. Ihnen steht ein Verfahren wegen irreführender Kleidung bevor.

vgl. FEER 15.6.S.22,6.7.89,S.13; BP 31.5.;7.,14.,21.6.;5., 26.7.;9.,12.8.89

Literaturpreis für Exstudentenaktivisten

Der seit 11 Jahren vergebene "SEA-Write-Award" (SOA- Autorenpreis) wurde dieses Jahr an Frau Chiranand Pitpreecha verliehen, deren Buch (engl. Titel: "The missing leaf") 42 Gedichte aus einer Zeitspanne von fast 20 Jahren umfaßt. Die Jury hatte unabhängig voneinander verschiedene Beiträge zu beurteilen und kamen dabei erstmalig zu einer einstimmigen Entscheidung.

Frau Chiranand ist mit Seksan Prasertkul verheiratet, einem der führenden Köpfe der Studentenbewegung in Thailand 1973-76 und auch später im Untergrund. Sie selbst hat einen ungewöhnlichen Weg hinter sich, angefangen vom Titel der schönsten Studienanfängerin ihrer Uni über die Arbeit als Studentenaktivistin und Feministin, mehrere Jahre im Dschungel,

aus dem sie Anfang der 80er Jahre zurückkehrte, da ihre feministischen Vorstellungen innerhalb der KP Thailands keinerlei Beachtung fanden. Inzwischen ist sie Hausfrau, betreut zwei Kinder und ist literarisch tätig.

Was ihren Gedichten die Anerkennung durch die Jury des SEA-Write-Award gewann, ist die sehr gekonnte Form, in der sie ihre Erlebnisse, Eindrücke und Gefühle wiedergibt, die gleichzeitig die einer ganzen Generation von Aktivisten einer Bewegung sind. Dabei steht sie zu ihrer Einstellung von damals, was in der Auswahl der Gedichte für diesen Band auch zum Ausdruck kommt.

vgl. BP 18.,20.8.89

AKW für Thailand?

Nach der Auswechslung des Vorstandes der Elektrizitätsgesellschaft EGAT durch Minister Chalerm wurde anschließend auch die Zuständigkeit einem anderen Minister im Büro des Premiers, Anuwat Wattanapongsiri, übertragen. Der kündigte als eine seiner ersten Taten an, eine bereits vorliegende Kosten-Nutzen-Analyse über den Bau eines AKWs neu anfertigen zu lassen. Abgesehen von EGAT war die Reaktion darauf wie jene auf die frühere Analyse: überwiegend negativ. Trotzdem möchte der Minister seinen Vorschlag ernst genommen wissen. Schließlich habe er erst kürzlich AKWs in den USA und der UdSSR besucht. Sein Vorschlag soll demnächst im Rahmen einer Expertenrunde diskutiert werden.

vgl. BP 16., 20.8.89

